DS-Nr.: 114/2008

Kreistag Uckermark
Abgeordneter Dr. Hans-Otto Gerlach
CDU-Fraktion
24.08.2008

Landkreis Uckermark
Eingegangen am:
25. Aug. 2008
23
0704

Anfrage:

Ist es dem Landrat bekannt, dass im Entwurf des Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg vom August 2007 das vom Kreistag mit Beschluss 41/2007 vom 04.07.2007 geforderte Gewerbegebiet Gramzow-Hohengüstow nicht unter den Vorsorgestandorten für gewerblich-industrielle Vorhaben im LEP B-B enthalten ist und welche Schritte hat der Landrat unternommen für die Aufnahme dieses Gebietes bzw. ist dazu seitens des Landkreises als Träger öffentlicher Belange Stellung genommen worden?

Dr. Gerlach

Landkreis Uckermark
- Der Landrat -

Kreisverwaltung Uckermark Postfach 12 65 17282 Prenzlau
Karl-Marx-Straße 1 17291 Prenzlau

Abgeordnete des Kreistages
des Landkreises Uckermark

über Büro Kreistag

Dezernat:
Amt/Referat: Büro des Landrates

Bearbeiter(in): Herr Brämer
Zimmer-/Haus-Nr.: Zimmer 224 / Haus 1
Telefon-Durchwahl: 03984 / 70 10 04
Telefax: 03984 / 70 40 99
E-Mail: Landkreis@uckermark.de

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Datum
		BL	4. September 2008

Anfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Hans-Otto-Gerlach (CDU-Fraktion) zum Vorsorgestandort Uckermark-Kreuz (Gewerbegebiet Gramzow/Hohengüstow)
DS-Nr.: 114/2008

Sehr geehrter Herr Dr. Gerlach,

mir ist bekannt, dass im Entwurf des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg der geforderte Vorsorgestandort Gramzow-Hohengüstow nicht unter den Vorsorgestandorten für gewerblich-industrielle Vorhaben im LEP B-B enthalten ist.

Der Landkreis Uckermark wurde im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg (LEP B - B) nach Artikel 8 Abs. 4 i. V. m. Artikel 7 Abs. 2, 3 und 6 sowie Artikel 8a Abs. 5 des Landesplanungsvertrages durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin-Brandenburg beteiligt.

Als Träger öffentlicher Belange wurde durch den Landkreis Uckermark eine Gesamtstellungnahme erarbeitet und am 11.01.2008 an die Gemeinsame Landesentwicklungsabteilung übergeben. Darin sind unter Punkt 4 (Steuerung der Siedlungsentwicklung) zu dem i. R. st. Gewerbestandort folgende Aussagen getroffen worden:

"Mit Beschluss DS-Nr.: 198/2004 hat der Kreistag des Landkreises Uckermark den Wirtschaftsrahmenplan mit den Handlungsfeldern und Projekten für die strukturierte und strategische Wirtschaftsentwicklung der Uckermark zu Grunde gelegt.

Vom Landkreis Uckermark angegebene E-Mail-Adressen dienen nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung. Sie dienen nicht der Übermittlung rechtsverbindlicher Erklärungen und Anträge, die nach geltendem Recht der Schriftform bedürfen.

Im Maßnahmebereich „Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen“ des Wirtschaftsrahmenplanes, der die Zielsetzung hat, verkehrsgünstige und zielgruppengerechte Gewerbestandorte zu entwickeln und zu vermarkten, ist das Projekt 12 der „Vorsorgestandort Uckermark-Kreuz“ Gramzow/Hohengüstow ausgewiesen. Der Vorsorgestandort soll erst bei konkretem Bedarf erschlossen, aber bereits jetzt planerisch gesichert werden. Damit kann im Bedarfsfall, wenn Investoren konkretes Interesse anmelden, das Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt und die Wettbewerbsfähigkeit beim Standortfaktor Flächenverfügbarkeit gesichert werden.

Entsprechend der Lage an der großräumigen Verbindungsachse A 11 Berlin – Szczecin und an wichtigen Autobahnknoten A 11 - A 20 (Prenzlau – Lübeck) mit vorhandener Autobahnabfahrt bieten sich die Flächen im Umfeld des Uckermark-Kreuzes als Vorsorgestandort geradezu an. Beide Autobahnen stellen wichtige Korridore für den Transitverkehr dar. Eine Flächenreserve am Uckermark-Kreuz stellt eine gute Ergänzung zum Flächenangebot des Mittelzentrums Prenzlau dar und vervollkommnet die Branchenkompetenz Logistik des regionalen Wachstumskerns Schwedt/Oder, der über die „B 166 neu“ an das Uckermark-Kreuz angebunden ist. Aus gegenwärtigen Tendenzen hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Branchenschwerpunktes Logistik in Schwedt/Oder wie auch des notwendigen Transports von Massengütern (regional und überregional) ergeben sich neue Bedarfe. Beispielhaft seien die Entwicklungen hin zu Biomasseprodukten der Landwirtschaft, der Holzverarbeitung, der Bioenergie (Kraftstoffe, Biogasanlagen, Biomassehöfe) genannt.

Andere Zielgruppen wie:

- produzierende, distributionsintensive Betriebe, die ihre Produkte regional und überregional vertreiben,

- Großhandelsbetriebe bzw. regional tätige Handelsunternehmen, die von hier aus den Norden Brandenburgs und den Süden Mecklenburg-Vorpommerns beliefern,

begründen ebenso Chancen auf Ansiedlungserfolge. Wichtig ist dabei immer der Blick auf die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung mit dem Nachbarland Polen im Kontext mit dem Beschluss des Ausschusses für Raumordnung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission, der beinhaltet, die Wirtschaftsregion beiderseits der Grenze im Städtefünfeck Berlin, Dresden, Breslau, Posen und Szczecin, dem sogenannten „deutsch-polnischen Haus“, als Brückenregion zwischen Ost- und Westeuropa zu fördern.

Mit dem autobahnnahen Vorsorgestandort in der Größe von ca. 135 ha will sich die Region eine Chance bei größeren Ansiedlungsvorhaben sichern.

Ein attraktives Angebot von Gewerbe- und Industrieflächen ist unverzichtbar, wenn es zur Schaffung neuer Arbeitsplätze über die Ansiedlung von Betrieben kommen soll. Entscheidend für eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik ist die schnelle Verfügbarkeit ausreichender Ansiedlungsflächen. Neben der angemessenen Bereitstellung und Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen für Neuansiedlungen und Erweiterungen an geeigneten Standorten treten zunehmend gezielte Überlegungen zur Vermarktung und Standortprofilierung in den Vordergrund.

Die Kreisverwaltung Uckermark hat im Rahmen der Projektumsetzung die Entwicklung des "Vorsorgestandortes Gramzow/Hohengüstow" das Amt Gramzow und die betroffenen Gemeinden in der Wahrnehmung ihrer Planungshoheit unterstützt.

So wurden von der Kreisverwaltung Uckermark Fachgespräche mit den beteiligten Kommunen, dem Amt Gramzow, der Landes- und Regionalplanung sowie einigen Fachämtern der Kreisverwaltung Uckermark initiiert und koordiniert sowie die weitere Vorgehensweise abgestimmt.

Die Gemeinden Gramzow und Uckerfelde haben die erforderlichen Beschlüsse zum Vorsorgestandort Uckermark–Kreuz gefasst.

Bei der Beratung am 27.10.2007 im Wirtschaftsministerium zur Ausweisung eines Vorsorgestandortes Uckermark-Kreuz wurde den Teilnehmern aus der Uckermark Herrn Waldow (KT), Herrn Hoppe (KT), Herrn Schulz (Amt Gramzow), Herrn Endrunat (BM Uckerfelde), Herrn Fennert (Regionalplanung) und Herrn Brämer (Projektteam Kreisentwicklung) durch Herrn Dr. Enneper (MW), Herrn Bruns (MW), Herrn Zühlke (GL5) und Frau Brauer (GL 5) deutlich gemacht, dass sie keine Möglichkeit der Ausweisung eines Vorsorgestandortes Uckermark-Kreuz im Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg sehen. In diesem Zusammenhang wurden den Anwesenden die Entscheidungsgrundlagen für die Ausweisung von gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten erläutert. Die Vertreter der Landesbehörden gaben den Hinweis für die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Ausweisung eines Gewerbegebietes. Entscheidend für eine erfolgreiche Planung ist die Zustimmung der Mittelzentren und Branchenschwerpunktorte Schwedt/Oder und Prenzlau, um eine Konkurrenzsituation zu deren Gewerbegebieten auszuschließen.

Für die Ausrichtung des Gewerbegebietes wurden in Zusammenarbeit mit der ZukunftsAgentur Brandenburg (ZAB) nachfolgende Branchen als sinnvoll betrachtet:

- Ernährungswirtschaft
- Energiewirtschaft/-technologie
- Logistik
- Metallerzeugung, -be- und -verarbeitung Mechatronik.

Das Amt Gramzow hat die Aufgabe übernommen, die entsprechenden Abstimmungen mit den Bürgermeistern der Städte Schwedt/Oder und Prenzlau vorzunehmen. Bisher ist der Kreisverwaltung eine Kopie der negativen Stellungnahme der Stadt Prenzlau zugegangen. Die Stadt Prenzlau begründete ihre Ablehnung mit der teilweise identischen Ausrichtung des künftigen Gewerbestandortes Uckermark-Kreuz mit den Branchen Energiewirtschaft/-technologie, Ernährungswirtschaft und Metallerzeugung, -be- und -verarbeitung/Mechatronik.

Unter den gegebenen Umständen ist eine weitere Forcierung der geplanten Gewerbestandortentwicklung damit nicht Erfolg versprechend.

Gegenwärtig ist das Amt Gramzow bemüht, die Ansiedlung eines Autohofes vorzubereiten.

Mit freundlichen Grüßen

Klemens Schmitz